



6-60 Mobilität & Stadtentwicklung
Jonathan Benninghaus
Tel. 2885

28.11.2025

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Verkehrssicherheit auf den Schulwegen in Hand

Seit dem Frühjahr dieses Jahres arbeitet die Verwaltung mit hoher Priorität daran, die Schulwegsicherheit rund um die Katholische Grundschule Hand, die Gemeinschaftsgrundschule Hand sowie die Kindertagesstätte „Rasselbande“ deutlich zu verbessern. Anlass hierfür waren sowohl der Antrag auf Einrichtung einer Schulstraße sowie wiederholte Hinweise von Eltern und Mitarbeitenden der Bildungseinrichtungen als auch eigene Beobachtungen, die gezeigt haben, dass die Verkehrssituation, insbesondere zu den Hol- und Bringzeiten, nach wie vor angespannt und für Kinder teilweise gefährlich ist.

Zur kurzfristigen Entlastung der Situation sowie zur Sensibilisierung aller Beteiligten wurde zunächst ein pädagogischer Aktionstag durchgeführt, an dem Eltern, Lehrkräfte und Kinder teilnahmen und gemeinsam Themen der sicheren Mobilität erarbeiteten. Zudem hat die Verwaltung, gemeinsam mit den Schulen, einen sogenannten „Walking Bus“ eingerichtet, der mehrere festgelegte Routen zu den Schulstandorten umfasst. Parallel dazu setzt die Verwaltung entlang der Walking-Bus-Routen verschiedene bauliche Maßnahmen um, die der Erhöhung der Schulwegsicherheit dienen. Dazu gehören insbesondere die Einrichtung sicherer Querungshilfen, der Bau von Gehwegnasen, die Anpassung von Kurvenradien zur Geschwindigkeitsreduzierung sowie weitere punktuelle Verbesserungen der Wegeföhrung. Diese Maßnahmen werden fortlaufend umgesetzt und bei Bedarf kurzfristig nachjustiert.

Trotz der Markierung von Parkflächen in der Straße „Im Grafeld“ sowie weiterer verkehrsordnender Maßnahmen kommt die Verwaltung, nach erneuter Prüfung, weiterhin zu der Einschätzung, dass eine besondere Gefahrenlage im Bereich der Schulwege besteht. Vor allem zu den Bring- und Abholzeiten kommt es nach wie vor zu Konflikten zwischen Kfz-Verkehr und zu Fuß gehenden Kindern. Die bislang erfolgten Schritte tragen zwar zur Entschärfung einzelner Situationen bei, reichen jedoch nicht aus, um die Verkehrssicherheit im gesamten Bereich nachhaltig zu gewährleisten.

Aus diesem Grund hat die Verwaltung entschieden, in den Straßen Im Grafeld, Sankt-Konrad-Straße und Heimstättenweg Schulstraßen zunächst als Verkehrsversuch einzurichten. Der Start erfolgt am Montag, den 12. Januar 2026 – dem ersten Montag nach den Winterferien. Die Einführung der Schulstraßen ist als zwölfmonatiger Verkehrsversuch konzipiert, der

engmaschig begleitet und bei Bedarf angepasst wird. Die Maßnahme ist mit der Polizei abgestimmt und wurde in enger Abstimmung mit der GGS Hand, der KGS Hand, der Kita „Rasselbande“ sowie dem Sportverein Blau-Weiß Hand vorbereitet. Wie bereits bei der erfolgreichen Einführung einer Schulstraße an der KGS In der Auen werden auch in Hand alle Anwohnenden und Anliegenden frühzeitig informiert und erhalten Sonderausweise, die ihnen die Zufahrt zu ihren Grundstücken während der Sperrzeiten ermöglichen. Zur Unterstützung der Maßnahme werden weitere Haltezonen auf der Dellbrücker Straße und der Handstraße ausgewiesen, um notwendige Hol- und Bringverkehre besser aufnehmen zu können. Die Beschilderung der Schulstraßen wird frühzeitig installiert – unter anderem auf der Hand- und der Dellbrücker Straße – um Fehlfahrten zu vermeiden. Auch die Schulen werden die Eltern rechtzeitig über alle Änderungen informieren.

Die Absperrung der Schulstraßen erfolgt – wie bereits erprobt – durch mobile Baken, die von geschulten Elternhelferinnen und -helfern aufgestellt werden. Diese Personen greifen nicht aktiv in den Straßenverkehr ein, sondern verdeutlichen lediglich die geltenden Regelungen. Die Verwaltung stellt sicher, dass alle Helfenden vorab eine Einweisung erhalten. Sollten sich während des Verkehrsversuchs Anpassungsbedarfe ergeben, wird die Verwaltung kurzfristig reagieren und entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Die bisher eingeleiteten pädagogischen und baulichen Schritte sowie die Einführung der Schulstraßen stellen Maßnahmen dar, mit denen auf die bestehende Situation reagiert wird und die zu einer Verbesserung der Schulwegsicherheit beitragen sollen. Zugleich macht die Verwaltung darauf aufmerksam, dass derzeit eine sehr hohe Zahl an Anfragen von Schulen zur Schulwegsicherheit eingeht, die mit den aktuell vorhandenen personellen und organisatorischen Kapazitäten nicht in dem Umfang und in der Geschwindigkeit bearbeitet werden können, wie es fachlich geboten wäre. Die Schulwegsicherheit hat aus Sicht der Verwaltung die höchste Priorität und soll zukünftig daher auch noch umfangreicher Berücksichtigung finden. Die Verwaltung wird die Entwicklungen weiterhin aufmerksam beobachten, Prioritäten sachgerecht setzen und notwendige Anpassungen vornehmen und den Ausschuss entsprechend informieren.